

MITTEN IN BAYERN

Ausgerechnet der Datenschutz-Mann



VON JOHANN OSEL

Das Wort „ausgerechnet“ drückt emotional Verwunderung aus, so erklärt es der Duden – ausgerechnet *der* macht etwas, ausgerechnet *das* ist passiert. Leider wird das Adverb inflationär verwendet. Es klingt aufregend, aber die Sache, um die es geht, ist doch oft mäßig überraschend. Manche empören sich etwa darüber, dass eine Supermarktkette ihrem Personal als Dankeschön „ausgerechnet“ Reisegutscheine schenkte. Aber wieso nicht? Irgendwann liegen die Leute ja wieder am Strand. Eine Zeitung fragte soeben (um selbst die Antwort zu geben): Warum sitzt „ausgerechnet“ Markus Söder bei Krisensitzungen in Berlin an der Seite der Kanzlerin? Klar, weil er Chef beziehungsweise Vize der Ministerpräsidentenkonferenz ist. Aber die Fragestellung mit „ausgerechnet“ klingt so, als ob einer wie Söder nichts im Kanzleramt verloren habe, nicht als Hausherr und nicht mal als Gast. Auch das Zeitungsarchiv fördert seltsame Texte zutage. „Ausgerechnet“ Obamas Leibwächter sollen sich bei einer Dienstreise Prostituierte aufs Zimmer geholt haben, wurde mal vermeldet. Nun: Spannend wäre es eher, hätte der damalige US-Präsident dies höchstselbst getan.

Damit zum bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz. Ausgerechnet dessen Büro ist – hier passt der Ausdruck bestens – ein Lapsus beim Datenschutz unterlaufen. Man hätte das kaum mitbekommen, gäbe es nicht eine reumütige Entschuldigung: Beim Versand einer Mitteilung vergangene Woche über Standardvertragsklauseln habe sich ein „bedauerliches Büroversehen“ zugetragen. Die Empfänger der E-Mail waren nicht als Blindkopie eingetragen, sondern sichtbar für alle Adressaten. „Sie können versichert sein, dass gerade in unserem Hause der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten von allerhöchster Bedeutung ist.“ Ein heikler Vorgang, wenn er nicht innerhalb von Organisationen stattfindet; denn für die Verbreitung solcher „personenbezogenen Daten“ müssen die Betroffenen zustimmen. Bei Verstoß droht ein Bußgeld.

Da sollte man freilich nicht übertreiben und lieber die proaktive Aufklärung loben. Der Landesbeauftragte, seit 2009 der Jurist Thomas Petri, kontrolliert öffentliche Stellen beim Datenschutz und unterrichtet die Bürger über relevante Fragen oder Fallstricke. Insofern lässt sich sagen: Aufgabe formidabel erfüllt!

BN: Weihnachtsbaum soll bio und regional sein

Nürnberg – Der Bund Naturschutz (BN) in Bayern hat zum Kauf von regionalen und biologisch angebauten Weihnachtsbäumen aufgerufen. Dafür bietet der Verband einen eigenen Einkaufsführer auch online an, wie er am Donnerstag in Nürnberg mitteilte. „Der optimale Weihnachtsbaum ist bio-zertifiziert und giftfrei aus einem Wald in der Region“, sagte BN-Waldreferent Ralf Straußberger. Es gebe aber auch Abstufungen. An Verkaufsständen angebotene, konventionelle Bäume dagegen hätten oft schon weite Transportwege hinter sich, wenn sie etwa aus dem Sauerland oder gar aus Dänemark kämen. Am umweltschonendsten erzeugt seien heimische Nadelbäume, die nicht aus einer Plantage kämen, sondern in den hiesigen Wäldern bei der Waldpflege anfielen oder auf Leitungstrassen wüchsen. Der BN nannte es problematisch, „dass wegen der Weihnachtsbaumplantagen in Deutschland rund 50 000 Hektar an landwirtschaftlichen Flächen für die Erzeugung von Nahrungsmitteln nicht mehr zur Verfügung stehen“, wie es in der Mitteilung heißt. Skandalös sei, wenn für Plantagen teilweise sogar Wälder gerodet würden. Bisher stammten nur etwa fünf Prozent der Weihnachtsbäume direkt aus dem Wald, so Straußberger. KNA

Landeskirche rechnet mit Verlust beim Haushalt

München – Die Evangelische Landeskirche in Bayern rechnet mit einem Verlust von 32,5 Millionen Euro im kommenden Jahr – und das, obwohl der Haushalt im Vergleich zu 2020 schon um 32 Millionen Euro geschrumpft ist. Das teilte die Landeskirche am Donnerstag zum Abschluss der digitalen Herbsttagung der Landesversammlung mit. Die den Haushalt 2021 verabschiedet hatte. Für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 sind Nullrunden geplant. Dennoch sprach sich das Kirchenparlament mit großer Mehrheit für den Umbau des 2017 erworbenen Gebäudes der früheren Oberpostdirektion in Nürnberg zu einem „Evangelischen Campus Nürnberg“ aus. Die Gesamtkosten werden auf 177,8 Millionen Euro veranschlagt, von denen die Kirche 74 Millionen an Eigenkapital einbringen will. DPA

VON ANDREAS GLAS UND ANNA GÜNTHER

München – Das sei heute wieder „eine von den sogenannten historischen Kabinettsitzungen“ gewesen, sagt Ministerpräsident Markus Söder (CSU), als er am Donnerstag zur Pressekonferenz erscheint. „Die Krankenhäuser laufen voll.“ Wenn es so weiter gehe, könnten bis Heiligabend etwa 2500 Menschen in Bayern sterben und „kein Weihnachtsfest erleben“. Was Söder zu Beginn der Pressekonferenz sagt, klingt wie eine vorausseilende Rechtfertigung für besonders strenge Corona-Maßnahmen, die er gleich präsentieren wird. Am Ende fällt das Ergebnis der Kabinettsitzung dann aber doch nicht ganz so historisch aus, wie Söder das zunächst anklingen lässt. Er sagt: „Was Berlin beschließt, das setzen wir um.“

Das waren ja die zentralen Fragen an diesem Donnerstag: Wird die Staatsregierung die Bund-Länder-Beschlüsse eins zu eins für Bayern übernehmen? Oder wird es im Freistaat wieder schärfere Sonderregeln geben? Bevor Söder nach Berlin fuhr, hatte er etwa nicht ausgeschlossen, dass die Silvesterfeiern in Bayern kleiner ausfallen könnten als in anderen Bundesländern. Am Mittwoch, bei der Pressekonferenz im Kanzleramt, verriet Söder der Welt dann, wie er selbst den Jahreswechsel verbringt. „Immer innen drin“, sagte er, „immer bei den Hunden“, die sich vor Raketen fürchten. Und nun, am Donnerstag, verrät Söder, wie die übrigen Bayern ihren Silvesterabend verbringen dürfen: im Kreis von bis zu zehn Personen aus unterschiedlichen Haushalten, Kinder werden nicht mitgezählt. Diese Lockerung der Kontaktbeschränkungen gilt von 23. Dezember bis 1. Januar. Das entspricht der Vereinbarung von Bund und Ländern. Bis Weihnachten könne zwar noch „unglaublich viel passieren und sich verändern“, sagt Söder. Und „Bauchschmerzen“ habe er schon wegen Silvester. Aber letztlich müsse man abwägen und aufpassen, dass bei den Menschen nicht „die Akzeptanz verloren geht“ für die Corona-Maßnahmen. Soll heißen: Für Silvester gibt es nun doch keinen bayerischen Sonderweg.

Tagesausflieger sollen nach einer Fahrt über die Grenze zehn Tage in Quarantäne

Im Gegensatz zur sogenannten Hotspot-Strategie. In Regionen mit besonders hohen Infektionszahlen sollen demnach besonders strenge Maßnahmen greifen. Sollten sich Bund und Länder nicht auf eine solche Strategie einigen, „werden wir das in Bayern festlegen“, das hatte Söder vor ein paar Tagen angekündigt. So kommt es nun auch. Zwar konnten sich die Länderchefs verständigen, dass in Landkreisen und kreisfreien Städten mit einer Sieben-Tage-Inzidenz von mehr als 200 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner „umfassende allgemeine Maßnahmen noch einmal erweitert werden sollten“, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte. Doch für Söder ist das „noch nicht klar genug“. Deshalb hat sein Kabinettsamt die Hotspot-Strategie für Bayern nun konkreter gefasst.

Überschreitet eine Region die 200er-Inzidenz, müssen dort unter anderem Wochenmärkte, Musik- und Fahrtschulen zu sperren, dazu soll ein ganztägiges Alkoholverbot auf bestimmten öffentlichen Plätzen gelten. Laut Söder lagen am Donnerstag 27 Landkreise und kreisfreie Städte über jener 200er-Marke. In Hotspots ab einer 300er-Inzidenz sollen die kommunalen Behörden sogar noch striktere Maßnahmen erlassen können, etwa Ausgangsbeschränkungen. In besonderem Maße sind die Schulen von der Hotspot-Strategie betroffen. Ab der 200er-Inzidenz sollen sie auf einen Wechsel aus digitalem Distanz- und Präsenzunterricht umschalten. So können Gruppen geteilt werden und in Klassen-

zimmern kann wieder einhalb Meter Abstand gelten. Vom Wechselunterricht ausgenommen sind Grund- und Förderschulen, Fünft-, Sechst- und Siebtklässler sowie die Abschlussklassen. Ab einer 300er-Inzidenz, wie derzeit in Passau, können Gesundheitsämter die Regeln verschärfen, also laut Piazzolo auch „weitere Jahrgangsstufen in den Wechsel schicken“. Von Schließungen wie zuletzt im Berchtesgadener Land sprach er nicht. Zudem gilt für Schulklassen von Dezember an die verkürzte Quarantäne von fünf statt 14 Tagen. Nach einem negativen Corona-Test können Schüler zurück in die Schule. Der frühere Beginn der Weihnachtsferien am 18. Dezember bleibt bestehen. Für 21. und 22. Dezember soll es eine Altbetreuung geben – insbesondere für Alleinerziehende und Eltern, „die keinen Urlaub mehr haben“, sagt Piazzolo.

Söders Forderung nach einer europaweiten Schließung der Skigebiete dürfte sich derweil nicht erfüllen. Weil Österreich sich sperrt. Plant Bayern nun separate Maßnahmen, um Skiurlaube in den Weihnachtsferien zu unterbinden? Bisher war es möglich, für bis zu 24 Stunden für einen Aus-

flug ins Ausland zu fahren, ohne hinterher in Quarantäne gehen zu müssen. Das hat sich nun geändert, um den Skitourismus zu unterbinden. Fortan gilt auch für Tagesreisende, die ohne triftigen Grund über die



Gesundheitsministerin Melanie Huml mahnt weiter zur Vorsicht. FOTO: HOPPE/DPA

Grenze fahren, eine Quarantänepflicht, zehn Tage lang. Man werde den Grenzverkehr „stichprobenartig“ kontrollieren, sagt Söder, wegen ihres Gepäcks dürften Skifahrer „nicht schwer zu erkennen sein“. Somit dürfte Skiurlaub vorerst schwierig werden, nicht nur im Ausland. Denn in Bayern dürfen Skilifte und Seilbahnen weiterhin nicht öffnen, wohl bis in den Januar hinein. Nicht betroffen von den neuen Einschränkungen seien Skiwandern, Skitouring oder Skilanglauf in Bayern, sagt Söder. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat noch einen Tipp parat: Wenn die Lifte geschlossen seien, könne man ja den Skihang zu Fuß hochgehen und runterfahren.

Abgesehen von der schärferen Hotspot-Strategie setzt Bayern die bundesweiten Corona-Maßnahmen so um, wie mit Bund und Länderkollegen vereinbart. Unter anderem dürfen sich bis Weihnachten nur noch fünf Personen aus bis zu zwei Haushalten treffen, in Geschäften dürfen sich weniger Leute gleichzeitig aufhalten, Pyrotechnik an Silvester wird auf öffentlichen Plätzen verboten. Für Söder selbst ist das bekanntlich kein Problem, „ich bin kein Fan von Böllern“, weil ja auch seine Hunde

„keine Fans sind von dem Geknalle“. Im privaten Garten oder auf dem Hof sei Böllern aber erlaubt. Auch Kultusminister Piazzolo outet sich dann noch als „hunde- und pferdeaffin“. Er könne Söder verstehen, dass man an Silvester „bei seinen Tieren ist und ein bisschen aufpasst“. Auch Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU) sagt, sie sei „kein so Riesen-Silvesterböller-Fan“. Nur Hubert Aiwanger hat nach eigener Aussage „durchaus Spaß daran, wenn an Silvester ein paar Raketen abgeschossen werden“. So sei das eben in der Koalition, sagt Söder: „Die einen seien eher so die Sensiblen und der andere lässt es halt krachen.“

Alle am Donnerstag beschlossenen Maßnahmen gelten befristet bis 20. Dezember. Das habe aber nur damit zu tun, dass entsprechende Verordnungen aus juristischen Gründen nicht länger gelten dürfen, sagt Söder, der deshalb fest damit plant, dass die Maßnahmen bis Ende Dezember gelten, womöglich auch ins neue Jahr hinein. Er sagt: „Die spannende Frage wird sein: Was passiert im Januar, wenn sich die Infektionslage nicht ändert?“ Eine Antwort auf diese Frage gibt Söder am Donnerstag noch nicht.

Bayerns Sonderweglein

Ministerpräsident Söder will die Bund-Länder-Beschlüsse umsetzen, sogar jene zu Silvesterfeiern. Ein paar Extraregeln beschließt das Kabinett aber doch, etwa für Hotspots mit hohen Inzidenzzahlen



Vor malerischer Bergkulisse lud Ministerpräsident Markus Söder zur virtuellen Kabinettsitzung. In Wirklichkeit sollen Bergausflüge noch warten. FOTO: SVEN HOPPE/JAPF

Einblick in eine sehr spezielle Welt

Fabian D., der in seinem Elternhaus eine staatsgefährdende Straftat vorbereitet haben soll, gibt den Ermittlern Rätsel auf

Nürnberg – Der Hinweis kam vom Verfassungsschutz, und er klang bedrohlich. Da sei ein junger Mann aus einem Dorf in der Nähe von Cham, der plane womöglich einen rechtsextremistisch motivierten Anschlag. „Klang ziemlich brisant“, sagt der Polizeibeamte aus Regensburg, der am Landgericht Nürnberg über den Angeklagten Fabian D. aussagt. Der 23 Jahre alte D. muss sich wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat verantworten. Am zweiten Verhandlungstag wird er abermals gefragt, ob er sich zu dem Vorwurf äußern oder überhaupt irgendetwas sagen wolle. Fabian D., im Anzug erschienen, schüttelt nur den Kopf. Danach schaut er wieder stur geradeaus.

„Wie ein Soldat, der ins Leere schaut“, so habe er das auch nach seiner Festnahme gemacht, berichtet der Chefermittler. Am 5. Februar 2020 ist D. auf einem Firmenparkplatz in Cham von Spezialkräften festgenommen worden. Ein Messer hatte der gelernte Elektriker bei sich, auch ein Handbeil im Rucksack und allerlei Schreckschusswaffen. Auf der Fahrt zu seinem Wohnort habe D. im Polizeiwagen immer nur stur geradeaus geschaut, vermutlich ziehe sich der Angeklagte auf diese Weise in sich zurück, „das ist wohl seine Art sich zu konzentrieren“, sagt der Ermittler. 22 Jahre alt war D. bei der Festnahme, das Leben eines potenziellen Rechtsterroristen aber dürften sich viele wohl anders vorstellen. Im Haus bei der Mama in der Oberpfalz lebte er zu dem Zeitpunkt, in einer Einliegerwohnung. In der zeigte er sich bei der Hausdurchsuchung dann durchaus ko-

operativ. Zeigte den Terrorermittlern technischen Kram, den er hinter Regalen versteckt hatte und die Festplatte im Küchenschrank. Überraschend über seine Festnahme sei D. offenkundig nicht gewesen, sagt der Hauptsachbearbeiter der Regensburger Polizei. In einem Chat findet sich sogar der Hinweis in eigener Sache, er fliege nun wohl bald auf. Woher er das hatte? Intuition? Oder einfach Wichtigtuerei? Der Ermittler kann es sich nicht erklären.

Aus jenem Chat wird an diesem Verhandlungstag über Stunden vorgelesen, er gewährt einen Einblick in eine sehr spezielle Welt. Seit 2019 mischte D. im Chat der sogenannten Feuerkrieg Division mit, einer von einem 14 Jahre alten „Commander“ angeführten Gruppe von Netznazis. In Verhandlungen außerhalb des Gerichtssaals hat sich D. dazu eingelassen, er stehe politisch der AfD nahe. Der rechtsextremistische III. Weg dagegen sei ihm zu radikal.



Bereits beim Prozessauftritt vor einer Woche hat sich der 23 Jahre alte Angeklagte nicht selbst zu den Vorwürfen geäußert. FOTO: DANIEL KARMANN/DPA

Mit einem der führenden Köpfe habe er mal Kontakt gehabt, damit habe er nichts zu tun haben wollen. Im Netz aber? Die Äußerungen in der Gruppe klingen nach pathologischem Menschenhass, egal ob gegen Frauen, Juden, Ausländer. Politisch passe das nicht zusammen, sagt der Ermittler. Aber so sei dies offenbar in solchen Gruppen. D. habe dort wohl nach „Anerkennung gesucht, die er im normalen Leben nicht hatte“. Im Nazichat stilisierte sich D. als weltläufiger Computerexperte, der mit Spezialwissen über Waffen, Schutz-ausrüstung, Bombenbau fachsimpelt. Im richtigen Leben wohnte er in der Bude seiner Mutter, ärgerte sich über seinen Bauchanzug und fand keine Partnerin. Was grundsätzlich an den modernen Frauen liege, die nicht dem nationalsozialistischen Bildnis von Weiblichkeit entsprächen, wie sich alle in der digitalen Gruppe einig waren.

Die Generalstaatsanwaltschaft wirft D. vor, sich dazu entschlossen zu haben, an einem „Ort der Andacht“, einer Synagoge oder Moschee, mit von ihm umgebauten Waffen einen Anschlag zu begehen, um viele Menschen zu töten. Für das Gericht dürfte die Frage von entscheidender Bedeutung sein, ob eine der Waffen, die D. horte, dazu geeignet gewesen wäre. Waffenexperten der Polizei äußern sich da eher skeptisch. Er wolle nicht sagen, dass D. ein „Hochstapler“ gewesen sei, sagt einer der Polizisten. Um aber die wohl gefährlichste Waffe aus dem Arsenal von D. scharf zu machen, hätte es zunächst eines Waffentechnikers bedurft. Ein Urteil wird für kommende Woche erwartet. OLAF PRZYBILLA

AfD-Chefin lässt Amt wegen Brustkrebs ruhen

München – Wegen einer Erkrankung zieht sich die bayerische AfD-Vorsitzende Corinna Miazga vorübergehend aus der Öffentlichkeit zurück und lässt die Arbeit im Parteiamt „ruhen“. Sie habe Brustkrebs, „mein Fokus gilt jetzt der Wiederherstellung meiner Gesundheit“, schrieb die Bundestagsabgeordnete in einem Rundbrief an die Mitglieder im Freistaat, den sie am Donnerstagmorgen auch auf sozialen Netzwerken veröffentlichte. Die abschließende Diagnose hatte Miazga nach eigenen Angaben am vergangenen Freitag erhalten, erste Therapieschritte hätten bereits begonnen. „So schwer mir dieser Schritt nun auch fällt, er ist leider wirklich alternativlos“, teilte die 37-Jährige über ihre Pause mit, deren Zeithorizont noch nicht abzusehen ist. Für ihre Aufgaben im Landesvorstand werde sie von den Kollegen „tatkräftig vertreten“. Zuletzt hatte bereits der Landtagsabgeordnete Gerd Mannes, einer ihrer Stellvertreter, häufig für die Parteiführung gesprochen, zum Beispiel in der Debatte über einen geplanten Landesparteitag im mittelfränkischen Greiding. Die Präsenzveranstaltung war von Behörden und Gerichten untersagt worden. Der erste Vize-Vorsitzende Hansjörg Müller teilte mit, man habe die Ankündigung mit „großer Erschütterung“ vernommen und daher am Wochenende die Aufgaben innerhalb des Vorstands entsprechend aufgeteilt. Unklar ist, was Miazgas Erkrankung für die Listenaufstellung zur Bundestagswahl 2021 bedeuten könnte. Als Landeschefin wird sie als bayrische Spitzenkandidatin gehandelt, 2017 war sie auf Platz drei ins Rennen gegangen. OJO